



Grafik © Sibylle Reidel

IN DIESEM HEFT

Grußwort zur Eröffnung	S. 3
Von ‚besorgten Eltern‘ und ‚Gender-Wahn‘: Angriffe auf (sexuelle und geschlechtliche) Vielfalt in der Bildung und mögliche Gegenstrategien	S. 4
Zivilgesellschaft im Fadenkreuz von rechts – Was können wir rechten Angriffen und Diffamierungen entgegenzusetzen?	S. 7
Politische Bildung in Gefahr – Wie können Bildungsfachkräfte menschenfeindlichen Einstellungen entgegenwirken und Demokratiebildung verteidigen?	S. 13
Podiumsgespräch mit den Expert*innen der Fachforen	S. 20

Vorwort: Dokumentation der Regionalkonferenz

Diese Broschüre dokumentiert die Ergebnisse der vierten Regionalkonferenz „Gegensteuern - Rechtspopulismus und Gleichstellungsgegner*innen die Stirn bieten“ am 2. April 2019 in Magdeburg. Die Konferenz hat die bisherigen Ideen und Strategien von Aktivist*innen und Fachkräften beim Vernetzungstreffen März 2018 weiterentwickelt. Wissenschaftler*innen, Vertretungen aus Stiftungen, aus der Politik und Fachverbänden haben diese Ansätze gemeinsam diskutiert, um mit Mut und Kreativität faktenfreien Kampagnen entgegenzuwirken. Gleichzeitig ist dieses Format Impulsgeber für neue Bündnisse zwischen LSBTI*-Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen (zum Beispiel mit Gewerkschaften und Unternehmen, Medien, Wissenschaft, Kultur und Sport, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, migrantischen und antirassistischen Initiativen sowie Fachkräften aus der Bildungs-, Familien- und Jugendarbeit).

Die Regionalkonferenz ist ein Teil des LSVD-Projekts „Miteinander stärken. Rechtspopulismus entgegenwirken“. Der Familien- und Sozialverein des LSVD als Projektträger wird gefördert in der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger im Themen- und Strukturfeld „Akzeptanzförderung und Empowerment für lesbische, schwule, bi- und intersexuelle bzw. intergeschlechtliche Menschen und ihre Angehörigen“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

Das LSVD-Projekt „Miteinander stärken. Rechtspopulismus entgegenwirken“ fördert die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI). Die

Stärkung von LSBTI*, ihren Verbündeten und Fachkräften steht dabei ebenso im Vordergrund wie die Entwicklung nachhaltiger Strategien und der Aufbau zivilgesellschaftlicher Allianzen gegen Homosexuellen- und Trans*Feindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus sowie gegen jede weitere Form Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Die Regionalkonferenz in Magdeburg war eine Veranstaltung des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) in Kooperation mit der Volkshochschule Magdeburg und der Heinrich-Böll-

Stiftung Sachsen-Anhalt. Moderiert wurde die Regionalkonferenz Magdeburg von der Theaterpädagogik*in **Kerstin Schmitt**.



Grafik © Sibylle Reichel

Grafik © Sibylle Reichel



Grußwort zur Eröffnung der Regionalkonferenz

Auszug aus der Begrüßung von **Gundel Berger**, Leiterin der Stabsstelle „Demokratie- und Engagementförderung“ im Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt



„Wir haben in der Bundesrepublik die gute Tradition, Minderheiten zu schützen und Engagierte zu fördern. Deshalb ist es mir ein Anliegen, Sie in Ihrem Streben nach zivilgesellschaftlichen Bündnissen zu unterstützen.“

– Gundel Berger

Sehr geehrte Teilnehmende,

ich freue mich sehr, dass Sie in Magdeburg zu Gast sind. Der Anlass ist die Regionalkonferenz des LSVD. Wenn ich in die Runde blicke, sehe ich Menschen, die sich für die demokratische Gesellschaft engagieren.

Es ist gut und wichtig, dass es Veranstaltungen wie diese gibt, um das gesellschaftliche Miteinander zu stärken. Denn die Kräfte, die sich für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit einsetzen, stehen in letzter Zeit vermehrt in der Kritik.

Sie werden kritisiert von Menschen, die Angst haben und sich von Neuem bedroht fühlen. Deshalb ist der gesellschaftliche Schluß so wichtig.

Wir haben in der Bundesrepublik die gute Tradition, Minderheiten zu schützen und Engagierte zu fördern.

Deshalb ist es mir ein Anliegen, Sie in Ihrem Streben nach zivilgesellschaftlichen Bündnissen zu unterstützen. Dafür biete ich Ihnen an, sich an mich zu wenden.

In den Bereichen Antidiskriminierung, Demokratieförderung, Radikalisierungsprävention sowie Kinder- und Jugendbeteiligung stehen Ihnen Fachkräfte zur Seite. Außerdem vermitteln wir gerne Beratung für die Opfer von rechter Gewalt.

Schließlich sind wir als Bundesland selber Teil des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ mit unserem Landes-Demokratiezentrum und den Partnerschaften für Demokratie.

Ich wünsche Ihnen eine gelungene Konferenz, viele gute Ideen und neue Kontakte zur Vernetzung Ihrer Projekte.

Gundel Berger

Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration Sachsen-Anhalt

(Es gilt das gesprochene Wort)



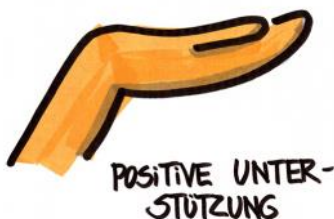
Grafik © Sibylle Reichel

Grafik © Sibylle Reichel

↑ FESTIGUNG DEMOKRATISCHER GRUNDWERTE

↑ SENSIBILISIERUNG

↑ *ENTSCHLIEßUNG GEGEN RASSISMUS





REGIONALKONFERENZ
MAGDEBURG · 02.04.2019

KEYNOTE VON DR. CAROLIN KÜPPERS

VON „BESORGTEN ELTERN“ UND „GENDER-WAHN“



SIBYLLE REICHEL

Keynote: Von „besorgten Eltern“ und „Gender-Wahn“. Angriffe auf (sexuelle und geschlechtliche) Vielfalt in der Bildung und mögliche Gegenstrategien

Dr. Carolin Küppers, Soziologin und wissenschaftliche Referentin für Gesellschaft, Teilhabe und Antidiskriminierung bei der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld



„Werden Personen aufgrund ihrer gewählten oder zugewiesenen Gruppenzugehörigkeit als ungleichwertig markiert und feindseligen Mentalitäten der Abwertung und Ausgrenzung ausgesetzt, dann sprechen wir von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Hierdurch wird die Würde der betroffenen Menschen antastbar und kann zerstört werden.“

– Dr. Carolin Küppers

Carolin Küppers führte zunächst in die Debatten über Bildungspläne in den Bundesländern ein und skizzierte anschließend, wie Rechte und Populist*innen unter dem Vorwand, die „Sorgen“ der Bevölkerung aufzugreifen, wissenschaftlich bewiesene Fakten attackieren. Auch zeigte sie Parallelen auf, wie mittels Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Angriffe auf die Vielfalt stattfinden. Diesen Angriffen setzte sie das Konzept der Intersektionalität mit daraus zu entwickelnden Gegenstrategien entgegen.

In Baden-Württemberg stieß die Landesregierung mit ihrem Plan, sexuelle Vielfalt im Bildungsplan des Bundeslandes zu berücksichtigen und darin als Querschnittsthema aufzunehmen, auf eine starke Gegenbewegung. Diese hatte sich lautstark geäußert und war auch in Form einer sogenannten „Demo für alle“ auf die Straße gegangen, wobei sie den Bildungsplan bewusst falsch dargestellt und skandalisiert hatte.

Einzelne Wissenschaftler*innen waren persönlich angegriffen, unsachlich in

ihrer professionellen Arbeit kritisiert und als Teil einer angeblichen Verschwörung verunglimpft worden. Die antiliberalen Proteste gipfelten in einer Petition gegen den Bildungsplan und führten schließlich sogar dazu, dass der spezifische Begriff der ‚sexuellen Vielfalt‘ zugunsten der sehr vagen Formulierung „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ wieder aus dem Bildungsplan herausgenommen wurde – also zugunsten einer Verallgemeinerung, die die dahinterstehenden sozialen Realitäten komplett unsichtbar macht.

Neu in der Auseinandersetzung um die Bildungspläne war ein sehr grober, diffamierender Ton bei den Angriffen auf Wissenschaftler*innen. Auch waren etliche überregionale Zeitungen sich nicht zu schade dafür, die aus der Luft gegriffenen Behauptungen der Gleichstellungsgegner*innen als ‚Fakten‘ zu präsentieren.

Ebenfalls problematisch war die mediale Darstellung von Homosexuellen-, Trans* und Inter*Feindlichkeit als vermeintliches „Luxusproblem“. Die Feind-

seligkeit gegenüber Minderheiten und die geringe gesellschaftliche Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Varianz wurde nicht als Angriff auf die demokratische Vielfalt erkannt.

Im zweiten Teil ihres Vortrags stellte Küppers diese Feindlichkeit gegenüber LSBTI* in den Kontext weiterer Formen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit:

„Menschenfeindlichkeit zielt nicht auf ein Feindschaftsverhältnis zu einzelnen Personen, sondern bezieht sich auf Gruppen. Werden Personen aufgrund ihrer gewählten oder zugewiesenen Gruppenzugehörigkeit als ungleichwertig markiert und feindseligen Mentalitäten der Abwertung und Ausgrenzung ausgesetzt, dann sprechen wir von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Hierdurch wird die Würde der betroffenen Menschen antastbar und kann zerstört werden. Das besondere Kennzeichen dieses Begriffs ist seine Spannweite. Sie ergibt sich aus dem Phänomen selbst, denn nicht nur Personen fremder Herkunft sind mit Feindseligkeiten und Gewalt konfron-

tiert, wenn sie bestimmten Gruppen zugeordnet werden, sondern auch Menschen gleicher Herkunft, deren Verhaltensweisen oder Lebensstile in der Bevölkerung als „abweichend“ von einer als beruhigend empfundenen Normalität interpretiert werden.“²

Grundlegend für nahezu jede Form Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist also das Abgrenzen von „den Anderen“ (othering). Die Konstruktion als „Andere“ ist dabei als konstitutive Wechselbeziehung mit dem „Eigenen“ zu denken. Prozesse des „otherings“ finden sich im gesellschaftlichen Kontext immer dann, wenn auf ein vermeintlich homogenes Ideal Bezug genommen und dieses von seinem Gegenteil abgegrenzt wird. Dadurch entsteht eine Ideologie von Ungleichwertigkeit, über die die Ausgrenzung bestimmter Menschen gerechtfertigt wird. Die Zugehörigkeit zu den als

normativ gesetzten „Eigenen“ regelt den Zugang zu Ressourcen und festigt Machtverhältnisse. Gesellschaftliche Ausgrenzung bezieht sich häufig auf mehrere Aspekte von Diskriminierung (wie Staatsangehörigkeit, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Schichtzugehörigkeit u.a.). In der Verschränkung verschiedener Strukturkategorien, die Ungleichheit hervorrufen, sowie in deren Wechselwirkungen entstehen spezifische Erfahrungen von Diskriminierung.

Im abschließenden Teil des Vortrags wurde das Konzept der Intersektionalität vorgestellt, das hilfreich ist, um gerade diese Wechselbeziehungen analysieren zu können. Intersektionalität zielt darauf ab, das Zusammenwirken verschiedener Positionen sozialer Ungleichheit zu analysieren und zu veranschaulichen, dass sich verschiedene Formen von Diskriminierung nicht nur

rein additiv aneinanderreihen lassen. Aus einer intersektionalen Sichtweise lassen sich so auch solidarische Widerstandspraxen entwickeln. Hierfür ist es hilfreich, sowohl die unterschiedlichen Verletzlichkeiten als auch die jeweiligen Ressourcen in den Blick zu nehmen. Um soziale Ungleichheiten in allen ihren Dimensionen zu erfassen und langfristig zu überwinden, ist es sinnvoll, nach der Analyse spezifischer Diskriminierungserfahrungen auch spezifische Handlungsmöglichkeiten anzuerkennen. Faktoren, die das Widerstandspotential erhöhen können, müssen aufgedeckt werden, um Menschen konkret zu unterstützen und zu stärken.

Beispiele für solche Faktoren sind: Bildung, ökonomische Ressourcen, Sprachkompetenz, Flexibilität und Mobilität, soziale Ressourcen sowie einklagbare Rechte.

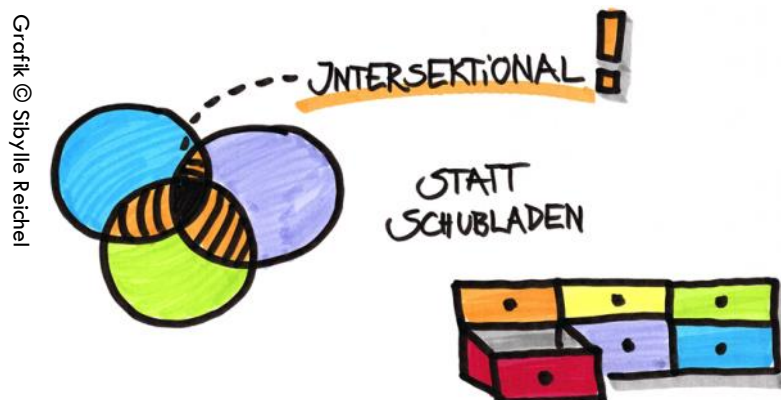
Haltung	Bildungsarbeit / Schule	Bildungspolitik
<ul style="list-style-type: none"> empathisch sein und positives Selbstbild vermitteln Empowerment Verbündeten-Prinzip 	<ul style="list-style-type: none"> Gedankenexperimente zur Steigerung der Empathiefähigkeit Vielfalt als Querschnittsthema 	<ul style="list-style-type: none"> Inklusionsansatz implementieren Vielfaltspädagogik im Curriculum verankern

Küppers betonte, dass die Verteidigung von demokratischen Werten und gesellschaftlicher Vielfalt auf der Grundlage breiter zivilgesellschaftlicher Bündnisse stattfinden müsse. Wichtig war ihr außerdem, selbstbewusst

ein Recht auf Vielfalt einzufordern, statt sich nur zu verteidigen. Hierfür sei es wichtig, Vielfalt als gesellschaftliche Realität sichtbar zu machen und für eine Gesellschaft einzutreten, in der alle Merkmale eines Menschen gleich-

ermaßen wertgeschätzt werden. Auf diese Weise könne ein solidarischer Umgang miteinander gestaltet werden.

(Es gilt das gesprochene Wort)



Fachforum 1: Zivilgesellschaft im Fadenkreuz von rechts. Was können wir rechten Angriffen und Diffamierungen entgegensetzen?

Leitung: **Markus Ulrich** (LSVD-Pressesprecher)

Expert*innen: **Pascal Begrich** (Miteinander e.V.), **Anja Reuss** (Zentralrat Deutscher Sinti und Roma), **Fabian Pfister** (Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt)

Wo hört Kritik auf? Woran erkennt man einen diffamierenden Angriff? Für die Teilnehmenden des Fachforums bezieht Kritik sich auf die realen Aktivitäten der Organisation.

Kritik stellt eine sachliche, konstruktive und berechnete Auseinandersetzung dar. Eine Diskussion oder ein Austausch ist dabei möglich und gewollt. Kritik kann zwar auch emotional geäußert werden, will aber nicht persönlich verletzen.

Dagegen sind Angriffe pauschale und herabwürdigende Urteile, oftmals „unterhalb der Gürtellinie“. Bei Angriffen werden die Argumente des Gegenübers ignoriert oder gar nicht zugelassen. Es geht dabei nicht um die Verbesserung der Arbeit, denn eine sachbezogene Diskussion ist oft nicht gewollt. Im Vordergrund steht lediglich die Absicht, andersdenkende Personen oder Organisationen zu diskreditieren.

Vorstellung der Praxisbeispiele

Beispiel 1: Zentralrat Deutscher Sinti und Roma e.V., vertreten durch Anja Reuss

Kurzvorstellung der Organisation



Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma ist der Dachverband von 16 Landes- und Regionalverbänden. Das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg ist

eine wissenschaftliche Einrichtung des Zentralrats. Seit 2015 besteht ein Büro in Berlin.

Kurzvorstellung des Falls

Anja Reuss zeigte Filmausschnitte aus der SWR-Produktion „Nellys Abenteuer“. Anhand verschiedener Szenen aus dem Kinderfilm verdeutlichte sie den Teilnehmenden, wie problematisch Sinti und Roma in diesem Film dargestellt werden.

Schnell wurde klar, dass die Filmdarstellung antiziganistische Vorurteile über Sinti und Roma reproduziert. Ru-

mänische Roma werden entlang althergebrachter antiziganistischer Stereotype als bettelnd, stehend, Kinder raubend, tanzend, schmutzig usw. und auf diese Weise essentialisierend als homogene Gruppe dargestellt.

Weitere negative Vorurteile, die in der Darstellung bedient werden, beziehen sich auf antiziganistische Elemente der angeblichen „Unzivilisiert-

heit“, „Triebhaftigkeit“ und „Heimatlosigkeit“ der Roma.

Besonders heikel ist dabei, dass es sich um einen Kinderfilm handelt, der bei der nachwachsenden Generation negative Vorurteile auslöst, weiter verbreitet und zementiert.



REGIONALKONFERENZ
MAGDEBURG · 02.04.2019

FACHFORUM 1

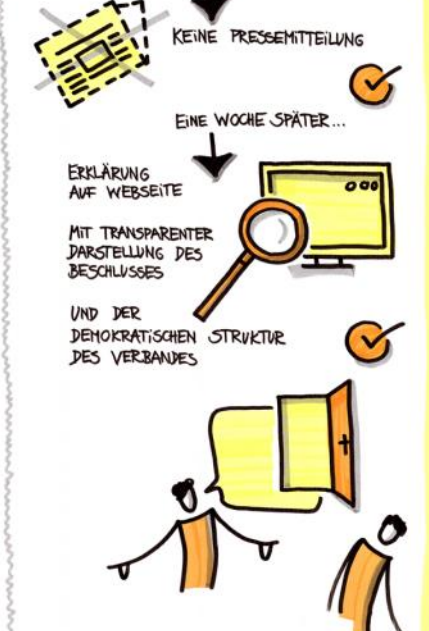
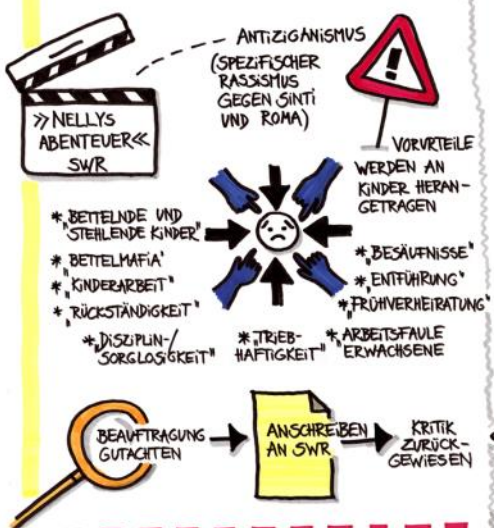
PRAXISBEISPIELE

ZIVILGESELLSCHAFT IM FADENKREUZ VON RECHTS

ZENTRALRAT
DEUTSCHER SINTI UND ROMA

MITEINANDER E.V.

KINDER- UND JUGENDRING
SACHSEN-ANHALT



SIBYLLE REICHEL

Brisant ist außerdem, dass der Film mit öffentlichen Geldern finanziert wurde und überdies eine Empfehlung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) erhielt.

Ein wissenschaftliches Gutachten der Technischen Universität Berlin³ bestätigte die kritische Analyse des Zentralrats der Sinti und Roma. Dieser legte

daraufhin Beschwerde beim SWR ein, um die Ausstrahlung des Films im Kinderprogramm des Fernsehsenders zu verhindern.

Der Sender wies die Kritik jedoch zurück, unter anderem mit dem Argument, man habe schließlich an Originalschauplätzen und mit den dort lebenden Menschen gedreht.



Grafik © Sibylle Reichel

Ziele der Gruppenarbeit

- Wie kann man das Bewusstsein schärfen, dass es sich hierbei um einen problematischen Film handelt?
- Wie kann man erreichen, dass dieser und ähnliche Filme „in den Giftschrank von Sendeanstalten verbannt“ werden?
- Und wie man zukünftig sicherstellen, dass Minderheiten bei der Förderung von Filmprojekten ein Mitspracherecht haben?

Bearbeitung des Fallbeispiels in der Gruppe

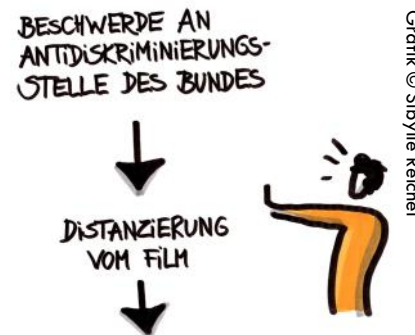
Leitfrage: Wie hättet ihr in dem vorgegebenen Fallbeispiel reagiert?

So hätten die Teilnehmenden des Fachforums reagiert

- + andere Mitglieder des Rundfunkrats ansprechen und mit deren Unterstützung Beschwerde einreichen
- + an die Antidiskriminierungsstelle des Bundes herantreten mit dem Ziel, dass sie die Unterstützung für den Film zurückzieht
- + Guidelines zum Erkennen von Antiziganismus herausgeben und der

- Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien wie auch den Fördervereinigungen und den Filmschaffenden zur Kenntnis geben
- + Die Forderung aufstellen, dass es eine Vertretung von Sinti und Roma in allen Rundfunkräten geben muss
- + Filmförderstellen ansprechen mit dem Ziel, ihre Förderungskriterien so zu verändern, dass explizit

- keine diskriminierenden Filme gefördert werden
- + Als Minderheit selbst emanzipatorische Filme drehen



Grafik © Sibylle Reichel

Tatsächliche Reaktion der Organisation

- Ansprache der Antidiskriminierungsstelle (ADS) des Bundes: Nach Darlegung der Kritik des Zentralrats am Film schloss sich die ADS der Kritik an und forderte den SWR auf, das Logo und die Empfehlung der ADS zu entfernen.
- Der Zentralrat der Sinti und Roma führte eine internationale

- Konferenz zum Thema Antiziganismus im Film“ durch und veröffentlichte dazu eine Dokumentation.
- Der Zentralrat gab eine Handreichung für Filmschaffende mit „Do’s and Don’t’s“ heraus.
- Der Zentralrat reichte eine Beschwerde beim Rundfunkrat

- des SWR ein.
- Der Zentralrat sorgte dafür, dass sich der ZDF-Fernsehrat mit dem Film befasste. Zwar wurde die Ausstrahlung im KiKa so nicht verhindert, doch sieht das ZDF inzwischen von weiteren Ausstrahlungen ab.

³ <https://zentralrat.sintiundroma.de/gutachten-zum-kinder-und-jugendfilm-nellys-abenteuer>

BEISPIEL 2: Miteinander e.V. (Pascal Begrich)

Kurzvorstellung der Organisation



Miteinander e.V. versteht sich als Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt. Der Verein betreibt eine Geschäftsstelle und mehrere öffentlich geförderte Projekte. Thematische Schwerpunkte der Arbeit

von Miteinander e.V. sind die Förderung von demokratischen Entwicklungen, die Opferberatung für Betroffene rechter Gewalt, die Bildungsarbeit und die Deradikalisierungsarbeit.

Kurzvorstellung des Falls

Im Rahmen einer rechtspopulistischen Diffamierungskampagne wurde Miteinander e.V. bei verschiedenen Anlässen wiederholt angegriffen. Die Bildungsarbeit des Vereins wurde diffamiert als angebliche „Indoktrination“ von Jugendlichen, die Fortbildungen verleumdet als „Förderung des Linksextremismus“. Die Projektförderungen wurden als „Verschwendung von Steuermitteln“ betitelt.

Es kam auch zu persönlichen Angriffen, in welchen den Mitarbeitenden des Vereins fehlende Fachlichkeit und persönliche Bereicherung vorgeworfen wurde. Selbst vor hasserfüllten Mails sowie Stalking von Personen in ihrem Wohnungsumfeld schreckten die An-

greifenden nicht zurück. Anfragen im Landtag zum Verein sowie gezielte Hetzkommentare in den sozialen Medien waren ebenfalls Teil der Diffamierungskampagne gegen den Verein Miteinander e.V.

Vor diesem Hintergrund gab es eine Anfrage einer Zeitung, die dem rechten Spektrum zuzuordnen ist: Miteinander e.V. solle Stellung zum Vorwurf des Linksextremismus beziehen.

Die Recherche der Zeitung bezog sich dabei auf die Teilnahme des Vereins an einer Tagung, an der auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung der Partei DIE LINKE beteiligt war.



Bearbeitung des Fallbeispiels in der Gruppenarbeit

Leitfrage: Wie hättet ihr in dem vorgegebenen Fallbeispiel reagiert?

Die Gruppe diskutierte vor allem darüber, welche generellen Handlungsmöglichkeiten es gibt und welche Entscheidungen getroffen werden sollten. Mehrheitlich sprachen die Teilnehmenden sich dafür aus, diese Anfrage nicht zu ignorieren, sondern kurz und sachlich in möglichst einfacher Sprache zu antworten. In der Antwort sollte man auf das eigene demokratische Selbstverständnis verweisen. Die Antwort könne man auch auf der eigenen Webseite und in den sozialen Medien

veröffentlichen. Vorschläge für weitere Schritte :

- + Information über die Anfrage weitergeben an: Vorstand, Mitarbeitende, Fördermittelgeber*innen, befreundete Vereine, Journalist*innen, Abgeordnete usw.
- + abgestimmte Sprachregelungen zu wiederkehrenden Vorwürfen sammeln, um diese schnell zur Hand zu haben und nicht jedes Mal neu abstimmen zu müssen

- + Abstimmung mit anderen angegriffenen Trägern, Unterstützung organisieren
- + Nachbereitung: Wurde unser Statement verbreitet? Wurde es verstanden? Wer hat uns verteidigt?

Tatsächliche Reaktion der Organisation

- Miteinander e.V. war klar, dass es sich um eine Gratwanderung handelt, ob und wie sie auf den Vorwurf eingehen sollten. Als Antwort wurde lediglich formuliert, dass der Verein keinen Grund sehe, Stellung zu beziehen.
- Bei dieser Antwort wurde darauf geachtet, wer zum potentiellen Leser*innen-Kreis der Zeitung gehört und festgestellt, dass diese nicht zum eigenen Adressat*innen-Kreis zählen.
- Eine Abstimmung mit anderen angegriffenen Trägern erwies sich als sinnvoll, um ein gemeinsames Vor- gehen zu vereinbaren.
- Die Anfrage wurde schließlich zum erneuten Anlass genommen, um mit anderen Trägern über gesamtgesellschaftliche Fragen zu diskutieren und gemeinsam zu beraten, wie Vielfalt stärker gefördert werden kann.

BEISPIEL 3: Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt (Fabian Pfister)

Kurzvorstellung der Organisation

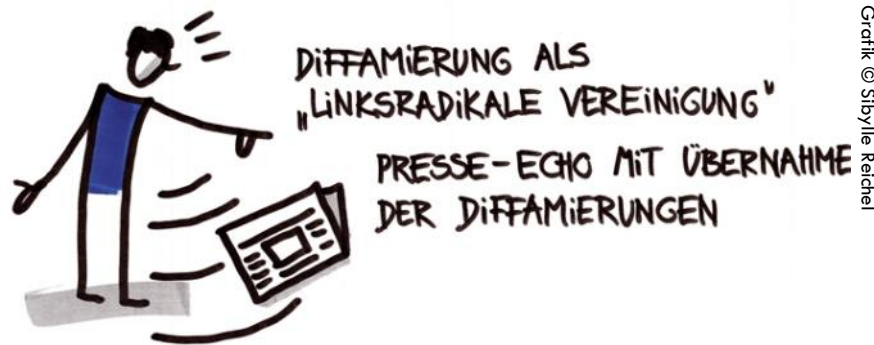


Der Kinder- und Jugendring repräsentiert einen großen Teil der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit in Sachsen-Anhalt. Er nimmt ferner die politische und fachliche Vertretung seiner Mitglieder in Gremien wahr.

Der Ring unterhält eine Geschäftsstelle und eine Fachstelle für die Jugendleiter-Card (JuLeiCa). Seine Hauptaufgabe ist die kinder- und jugendpolitische Interessensvertretung in den demokratischen Strukturen.

Kurzvorstellung des Falls

Vor der Landtagswahl 2016 beschäftigte sich der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt mit der Bedeutung eines möglichen Einzugs der AfD in den Landtag. Dazu wurde ein Leitfaden geprüft, einstimmig verabschiedet und nach der Landtagswahl veröffentlicht. In diesem Leitfaden sprach sich der Kinder- und Jugendring aufgrund gegensätzlicher Haltungen gegen eine Zusammenarbeit mit der AfD aus und begründete das mit öffentlichen Äußerungen und politischen Stellungnahmen



Grafik © Sibylle Reichel

dieser Partei. Es sollte auch keine Einladung an Vertreter*innen der AfD zu eigenen Veranstaltungen geben, sondern lediglich eine inhaltliche Auseinandersetzung mit deren Positionen. Die Gegenreaktion ließ nicht lange auf sich warten. Der Kinder- und Jugendring wurde von der AfD als „linksradikale Vereinigung“ zur „Indoktrination“ von Kindern und Jugendlichen bezeichnet. Diese

Stellungnahme der AfD wurde in einer regionalen Zeitung veröffentlicht.

Der Auftrag für die Gruppenarbeit lautete, in einem solchen Kontext auf eine kurzfristige Presseanfrage zu reagieren. Die Teilnehmenden sollten entscheiden, ob sie dazu ein Pressestatement herausgeben würden, in dem sie die Reaktion der AfD auf ihren Leitfaden kommentieren.

Grafik © Sibylle Reichel



Bearbeitung des Fallbeispiels in der Gruppenarbeit

Leitfrage: Wie hättet ihr in dem vorgegebenen Fallbeispiel reagiert?

So hätten die Teilnehmenden des Fachforums reagiert

- | | | |
|---|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> + Ziel: Klarstellung des Beschlusses + Zielgruppen: Entscheidungsträger*innen der Kinder- und Jugendförderung, Mitglieder des Kinder- und Jugendrings + verantwortlich: Vorstand und Geschäftsführung + Zeitrahmen beachten: bei einer Presseanfrage gibt es lediglich | <p>zwei Stunden Zeit zur Beantwortung, danach ist Redaktionsschluss.</p> <ul style="list-style-type: none"> + Als kurzfristige Maßnahmen wurde genannt: Argumente zusammenfassen, Pressemitteilung mit Bezug auf den Verbandsbeschluss, als eine sachlich-reflektierte Reaktion, jedoch keine direkte Antwort und keine wortwörtliche Aufnahme der Vorwürfe | <ul style="list-style-type: none"> + Als mittelfristige Maßnahmen sah man: rechtliche Schritte gegen Verleumdung prüfen, eine Mitgliederversammlung zur Rückendeckung einberufen, Öffentlichkeitsarbeit für ähnliche Anfragen vorbereiten, Mitglieder des Kinder- und Jugendrings schulen (mit FAQs) + Strategie: aktiv zur Entscheidung des Verbandes stehen |
|---|--|---|

Tatsächliche Reaktion der Organisation

Nach mehreren Telefonaten hatte die Organisation beschlossen, kein Pressestatement herauszugeben.

Der Grund: Der anfragende Redakteur war dafür bekannt, dass ihm reißerische Schlagzeilen über alles gehen und dass daher eine sachliche und klarstellende Berichterstattung nicht gewährleistet ist.

Eine Woche später veröffentlichte die Organisation eine Erklärung auf der verbandseigenen Webseite, die den Beschluss des Kinder- und Jugendrings transparent öffentlich vermittelte.

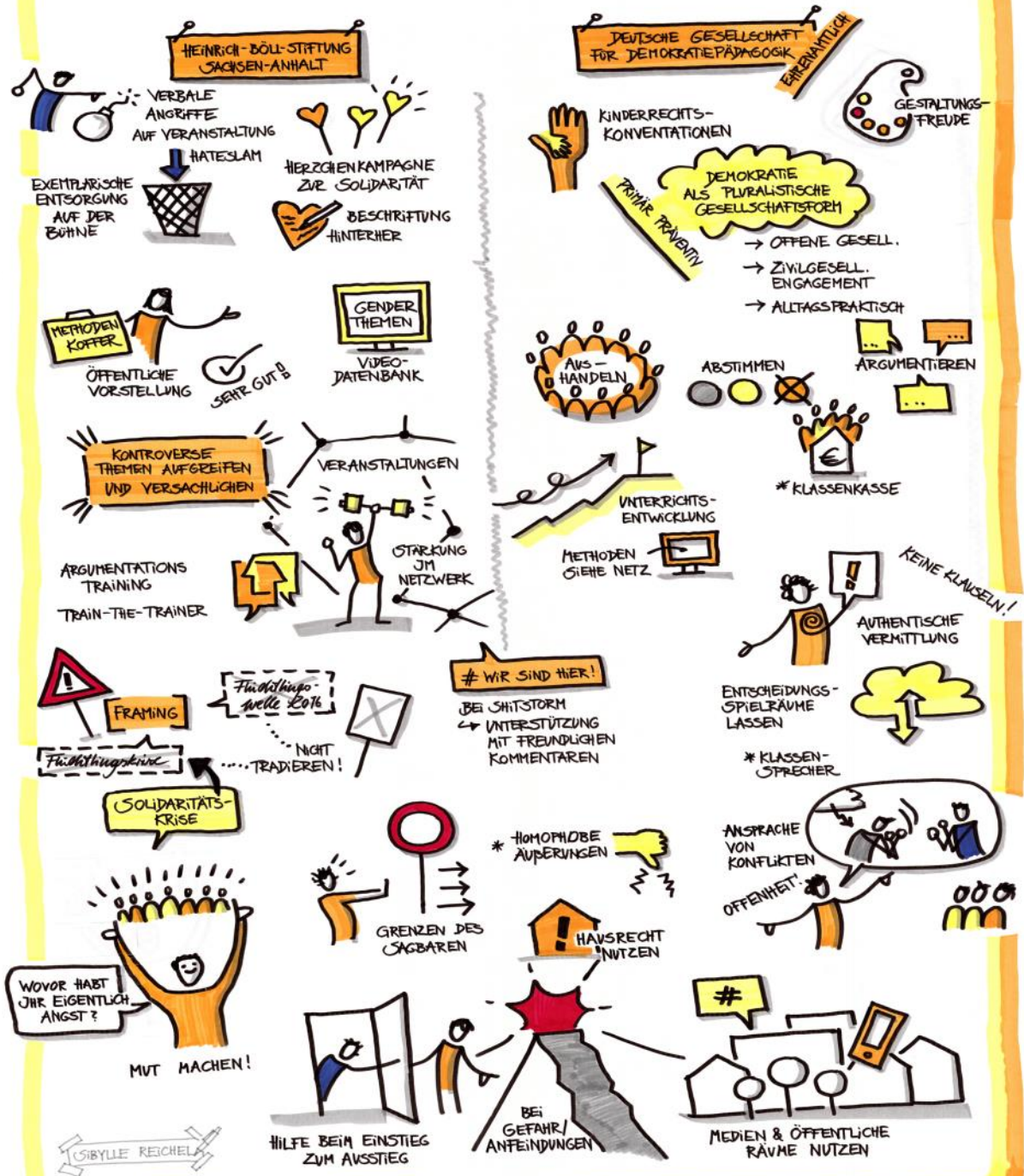




REGIONALKONFERENZ
MAGDEBURG · 02.04.2019

FACHFORUM 2

POLITISCHE BILDUNG JN GEFAHR



Fachforum 2: Politische Bildung in Gefahr – Wie können Bildungsfachkräfte menschenfeindlichen Einstellungen entgegenwirken und Demokratiebildung verteidigen?

Leitung: **Kerstin Schmitt** (Theaterpädagog*in)

Expert*innen: **Daniela Zocholl** (Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt) und **Manuela Selzner** (Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik)

Rechtspopulismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit sind gegenwärtig die größten Herausforderungen für die schulische und außerschulische politische Bildung in Deutschland. Mit besorgniserregenden Agitationen machen Rechtspopulist*innen und Gleichstellungsgegner*innen Stimmung gegen Fachkräfte der Politischen Bildung in Schulen, in der Erwachsenenbildung und auch in der Jugendarbeit. Sie versuchen dabei den „Beutelsbacher Konsens“ zu instrumentalisieren. Rechte und religiöse Fundamentalist*innen zielen darauf ab, menschenfeindliche Thesen in der Politischen Bildung unterzubringen und salonfähig zu machen. Kann und muss sich die politische Bildung hier stärker positionieren? Im Forum wurde diskutiert, welche Strategien und Ansätze guter Praxis es gibt, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt (hbs) – Daniela Zocholl, Projektkoordinator*in

Daniela Zocholl sprach in ihrem Vortrag über das Thema „Antifeministische Anfeindungen und Handlungsmöglichkeiten“. Zocholl stellte exemplarisch dar, mit welcher Bedrohungslage von rechter und populistischer Seite sich die Heinrich-Böll-Stiftung in Sachsen-Anhalt auseinandersetzen muss. Es gibt Anfeindungen im Netz und auch Gäste, Referent*innen und Mitarbeitende der Stiftung werden bedroht und unter Druck gesetzt. Die Ziele der Gener*innen seien klar: feministische und emanzipatorische Bildungsarbeit zu behindern. Die Angriffe zielten darauf ab, dass Veranstaltungen abgesagt werden müssen. Die HBS macht solche Angriffe auf die Demokratie und die eigene Arbeit sichtbar, indem die Stiftung diese in Veranstaltungen thematisiert und dadurch veröffentlicht. Durch Solidaritätsaktionen mit Betroffenen wird dem Hass der Angreifer*innen Liebe und Unterstützung entgegengesetzt.

Komplexer stellt sich das Problem dar, wenn die Angriffe nicht von Einzelpersonen, sondern über rechte Kampagnen oder Netzwerke erfolgen. So

machte die HBS beispielsweise mit der Fotoaktion „Wer braucht Feminismus?“ auf die Vielfalt feministischer Forderungen und Akteur*innen aufmerksam. Parallel versuchte unter anderem die Jugendorganisation der AfD eine Gegenkampagne gegen Feminismus zu initiieren. Einzelne Mitglieder riefen in rechten Netzwerken dazu auf, die Veranstaltungen der HBS zu stören. Derartige Aktionen haben das Ziel, gesellschaftliche Diskurse zu verschieben (z.B. von sexualisierter Gewalt hin zur angeblichen Bedrohung durch Migration) und Ängste (z.B. vor Homosexualität oder Sexualaufklärung) zu schüren. Die HBS setzt in ihrer politischen Bildungsarbeit gezielt auf Fakten und Aufklärung gegen diese Diffamierungen. Darüber hinaus werden Multiplikator*innen und feministisch Aktive durch Argumentationstraining gestärkt und empowert.

Das berühmte Motto des Namensgebers Heinrich Böll – „Einmischung ist die einzige Möglichkeit, realistisch zu bleiben“ – sei heute mehr denn je gültig.



Die Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt ist die den Grünen nahestehende politische Stiftung im Land Sachsen-Anhalt. Sie arbeitet in rechtlicher Selbstständigkeit und geistiger Offenheit und ist Teil eines bundesweiten föderalen Stiftungsverbundes aus 16 eigenständigen Landesstiftungen sowie einer Bundesstiftung in Berlin. Hauptaufgabe der Stiftung ist die politische Bildung zur Förderung der demokratischen Willensbildung, des politischen Dialogs und des gesellschaftlichen politischen Engagements. Dabei orientiert die Stiftung sich an den politischen Grundwerten Ökologie, Demokratie, Solidarität und Geschlechtergerechtigkeit.

Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe) – Manuela Selzner, Mitglied des Bundesvorstands der Dt. Gesellschaft für Demokratiepädagogik


Manuela Selzner sprach sich in ihrem Input für mehr Mitbestimmung und Gestaltungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in Schulen und Bildungseinrichtungen aus. Die demokratische Ausgestaltung der Schule als Lern- und Lebensort sei eine wichtige Grundlage für „Demokratiebegeisterung“. Die DeGeDe verfolgt in ihrer Arbeit einen primärpräventiven Ansatz.

Demnach ist Demokratie nicht allein eine Regierungsform, sondern vor allem auch eine soziale Idee.

Dreh- und Angelpunkt ist dabei die Förderung von demokratischer Handlungskompetenz. Im Rahmen ihrer Arbeit setzt die DeGeDe auf Partizipationsentwicklung und auf Bündnisse für eine demokratische Bildung.

Grafik © Sibylle Reichel





Die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik ist ein gemeinnütziger Verein, der demokratische Bildung und Erziehung in Schulen und anderen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche fördert. Der Verein fördert die Demokratie als Thema und Prinzip schulischen und außerschulischen Lernens und Ziel der Schulentwicklung. Seine Aufgaben sind die Entwicklung demokratischer Handlungskompetenz und die Verwirklichung demokratischer Lebensformen bei Kindern und Jugendlichen. Im Mittelpunkt steht das Wohl jedes einzelnen Kindes und Jugendlichen und die Fähigkeit zur Selbstbestimmung in sozialer Verantwortung in allen Bereichen der Gesellschaft.

Zusammenfassung des Fachgesprächs

Im nachfolgenden Fachgespräch machte Manuela Selzner noch einmal deutlich, dass die Frage des Framings (mit welchen Begriffen wollen wir auftreten?) zentral für die Auseinandersetzung mit Gleichstellungsgegner*innen ist.

Daniela Zocholl ergänzte, dass antifeministische Einstellungen sich mehr und mehr auch in der Mitte der Gesellschaft festsetzen. Ein Hauptproblem ist, dass die rechten Gruppen und Initiativen vermehrt Kinder und Jugendliche in den Fokus nehmen. Mit ihren Jugendangeboten versuchen sie ihr menschenfeindliches Weltbild in die Köpfe junger Menschen zu übertragen.

Manuela Selzner unterstrich in der Diskussion, dass man dem nur entgegenwirken kann, wenn Kinder und Jugendliche in der schulischen und außerschulischen Jugendarbeit vielfältige Formen von Gemeinschaften kennen und schätzen lernen.

Auch sollte man in der Arbeit gegen demokratiefeindliche Einstellungen die Rolle der Eltern nicht vergessen. Das Thema kann zum Beispiel in „Eltern-Cafés“ und „Elternschulen“ diskutiert werden.

Laut Zocholl ist die HBS besonders in der Politischen Bildung aktiv und versucht Erwachsene zu sensibilisieren.

Im zweiten Teil des Fachforums setzen sich alle Teilnehmenden mit Strategien und Maßnahmen auseinander, die bei den vergangenen Vernetzungstreffen und Regionalkonferenzen in München, Düsseldorf und Dortmund erarbeitet wurden.


Folgende Strategieansätze wurden vorgeschlagen

- | | | |
|---|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> + gesellschaftliche Vielfalt in Schule und anderen Einrichtungen der Politischen Bildung erlebbar machen + Meinungsbildung im Sinne der Menschenrechte beeinflussen + Professionalität in der Politischen | <ul style="list-style-type: none"> Bildung steigern + auf einen sicheren und respektvollen Rahmen in der Politischen Bildung achten + Politische Bildung verstärkt intersektional denken | <ul style="list-style-type: none"> + gut vorbereitete virtuelle Auseinandersetzungen führen + mutig in die Diskussion mit Rechtspopulist*innen gehen |
|---|---|--|

Strategien und die dazugehörigen Maßnahmen wurden unter den folgenden Fragestellungen bearbeitet:

- Wie schätzt ihr die Strategien und Maßnahmen ein, um menschenfeindlichen Einstellungen in der Politischen Bildung entgegenzuwirken?
- Was sind Stärken bzw. Schwächen dieser Ansätze? Was ist ungenau, kann oder muss noch ergänzt werden? Welche zusätzlichen Strategien gibt es?

Strategie 1: Gesellschaftliche Vielfalt in Schulen und Einrichtungen der Politischen Bildung erlebbar machen

Maßnahmen	Ergänzungen aus der Gruppenarbeit	
<ul style="list-style-type: none"> + Sichtbarkeit von Vielfalt beim beschäftigten Personal, beim eingesetzten Material und in der Sprache + diversitätssensible Schulmaterialien entwickeln und verwenden + Aufnahme von Merkmalen der Vielfalt in Leitbildern oder Satzungen + Vielfalt von Identitäten und Lebensentwürfen als Querschnittsaufgabe verankern (auf Kontinuität statt auf Konjunktur setzen) + durch Methodenvielfalt Kindern und Jugendlichen vielfältige Lebenserfahrungen und Sichtweisen vermitteln + Anleitung zur Selbstreflexion, um Nachhaltigkeit anzuregen 	<ul style="list-style-type: none"> + Einbeziehen von Eltern (Elternräte usw.) + regelmäßige Weiterbildung des pädagogischen Personals + konkrete Ansprechpersonen finden 	<ul style="list-style-type: none"> + Strategie als Querschnittsaufgabe verstehen + Expert*innen einbeziehen, die aber nicht alleinverantwortlich sind
 <p style="text-align: right; font-size: small;">Grafik © Sibylle Reichel</p>		

Strategie 2: Meinungsbildung im Sinne der Menschenrechte beeinflussen

Maßnahmen	Ergänzungen aus der Gruppenarbeit	
<ul style="list-style-type: none"> + verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der NGO's zur Verbreitung von Gegebenheiten und Gegendarstellungen + Erfahrungsexpert*innen bei Veröffentlichungen und Veranstaltungen mehr Raum geben 	<ul style="list-style-type: none"> + Strategie um Kinderrechte ergänzen, Vorschlag: Meinungsbildung im Sinne der Menschen- und Kinderrechte beeinflussen + betroffene Personen aktiv einbeziehen, aber nicht ‚vorführen‘ + kein Profilieren über die Betroffenheit 	<ul style="list-style-type: none"> + mehr Wissensvermittlung über Menschenrechts- und Kinderrechtskonvention (zum Beispiel Grundrechtsklarheit, Zuständigkeit für Durchsetzung, Aufklärung über Angebote, Sichtbarmachen von Anlaufstellen) + Autoritätsgefälle abschaffen

Strategie 3: Auf sicheren und respektvollen Rahmen in der Politischen Bildung achten

Maßnahmen	Ergänzungen aus der Gruppenarbeit	
<ul style="list-style-type: none"> + „Fehlerfreundlichkeit“, d.h. Meinungen und Begriffe dürfen zunächst frei geäußert werden, um sie in der zweiten Runde dann kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls zu korrigieren + Gesprächsregeln aufstellen + in jedem Kurs zu Beginn an das Wertesystem des Grundgesetzes erinnern 	<ul style="list-style-type: none"> + „Fehlerfreundlichkeit“ versus Gesprächsoffenheit und Meinungsfreiheit: dabei Alters- und Wissensstand einbeziehen, respektvolle Vermittlung + Personen dort abholen, wo sie stehen + Überwältigungsverbot beachten (Wie kann die Debatte gestaltet 	<p>werden? Was darf ich?)</p> <ul style="list-style-type: none"> + Selbstwirksamkeit beachten und partizipativ arbeiten (Wo liegen die Bedarfe der Zielgruppe?) + mit Fakten arbeiten: es geht um die kritische Urteilsbildung, dabei nicht moralisieren („nicht mit dem pädagogischen Zeigefinger arbeiten“) + Bewusstsein, Lösungs- und Handlungsmethoden (keine Angst schüren)

Strategie 4: Politische Bildung verstärkt intersektional denken

Maßnahmen	Ergänzungen aus der Gruppenarbeit	
<ul style="list-style-type: none"> + Ausbildung von Expert*innen in intersektionaler Pädagogik + wissenschaftliche Grundlagen für eine flächendeckende Pädagogik der Vielfalt schaffen 	<p>Stärken der intersektionalen Strategie oder Maßnahme:</p> <ul style="list-style-type: none"> + regt immer wieder zu Reflektion und Sensibilisierung an + alle werden dabei mitgedacht + trägt zur Normalisierung von intersektionalem Denken bei <p>Schwächen der intersektionalen Strategie oder Maßnahme:</p> <ul style="list-style-type: none"> – meist sind die Expert*innen nur 	<p>Einzelpersonen</p> <ul style="list-style-type: none"> – soll nicht als zusätzliche Aufgabe verstanden werden – reproduziert Kategorien <p>Ergänzungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> + Fokus des intersektionalen Denkens auf das Verbindende legen + alle zu intersektionalem Denken anregen (nicht nur als Aufgabe von einzelnen Bildungsfachkräften)

Strategie 5: Professionalität in der Politischen Bildung steigern

Maßnahmen	Ergänzungen aus der Gruppenarbeit	
<ul style="list-style-type: none"> + Lehrkräfte und pädagogisches Personal durch Fortbildungen fit machen + das Fachwissen bezüglich sozialer Sachfragen wie auch die personalen Kompetenzen im Umgang mit Affekten kontinuierlich erhöhen 	<p>Schwächen der Professionalisierungs-Strategie oder Maßnahme:</p> <ul style="list-style-type: none"> – konkrete Vorschläge zur Finanzierung fehlen (Woher sollen die Gelder für Fort- und Weiterbildung kommen?) – konkrete Vorschläge zur Evaluation fehlen (Wie kann Professionalität gemessen werden?) 	

Fortsetzung von Strategie 5: Weitere Ergänzungen aus der Gruppenarbeit

- | | | |
|---|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> + Finanzierung gegebenenfalls über Fortbildungsetat des Kollegiums (Fortbildungstage nutzen) + vorgeschlagene Strategien zielgruppenspezifisch anpassen, konkretisieren und differenzieren + mögliche Instrumente: Audits zur | <ul style="list-style-type: none"> Qualitätssicherung, Rückmeldungen, Supervisionen + Fokussierung auf schulische oder außerschulische politische Bildung + stärkere Berücksichtigung in Studium und Weiterbildung in unterschiedlichen Formaten | <ul style="list-style-type: none"> + Thema nicht nur dem Fachbereich Sozialkunde überlassen + Aufbau einer Datenbank, um alle Weiterbildungsangebote und alle Trainer*innen im Themenbereich sichtbar zu machen |
|---|---|---|

Strategie 6: Gut vorbereitete virtuelle Auseinandersetzungen führen

Maßnahmen

- + Medienkompetenzbildung: Umgang mit sozialen Medien trainieren

Mögliche Inhalte der Medienkompetenzbildung:

- + Identifizierung von rechten Symbolen und als „bürgerlich“ getarnter Ideologie

Ergänzungen aus der Gruppenarbeit

- + Bewusstmachung und Umgang mit Filterblasen

Stärken der virtuellen Strategien oder Maßnahmen:

- + Auf einfache Weise Reaktionen und Strategien vermitteln

Schwächen der virtuellen Strategien

oder Maßnahmen:

- Manchmal zu wenig differenziert
- stattdessen: virtuelle Strategien von rechts kennenlernen, einschlägige Inhalte und Plattformen identifizieren; Ziel: Grundaufklärung zu rechter Ideologie im Netz

Strategie 7: Mutig in die Diskussion mit Rechtspopulist*innen gehen

Maßnahmen

- + Argumentationstrainings für Schüler*innen und pädagogisches Personal durchführen

Mögliche Inhalte für Argumentationstrainings:

- + Argumentationsfehler und menschenfeindliche Aussagen in der Diskussion entlarven
- + positive Ansätze durch eigenes Narrativ in der Diskussion verfolgen
- + zwischen Person und Haltung trennen

- + Grenzen der Diskussion deutlich machen, unter Berufung auf das Grundgesetz, Leitbild, Gesprächsregeln

- + keine moralische Selbstgerechtigkeit oder Schuldzuweisungen

- + rechtspopulistische Diffamierungen und Rhetoriken nicht aufnehmen und wiederholen, besser: mit Humor dekonstruieren

- + nachfragen, um Fakten zu überprüfen und Erfahrungswissen belegen zu lassen

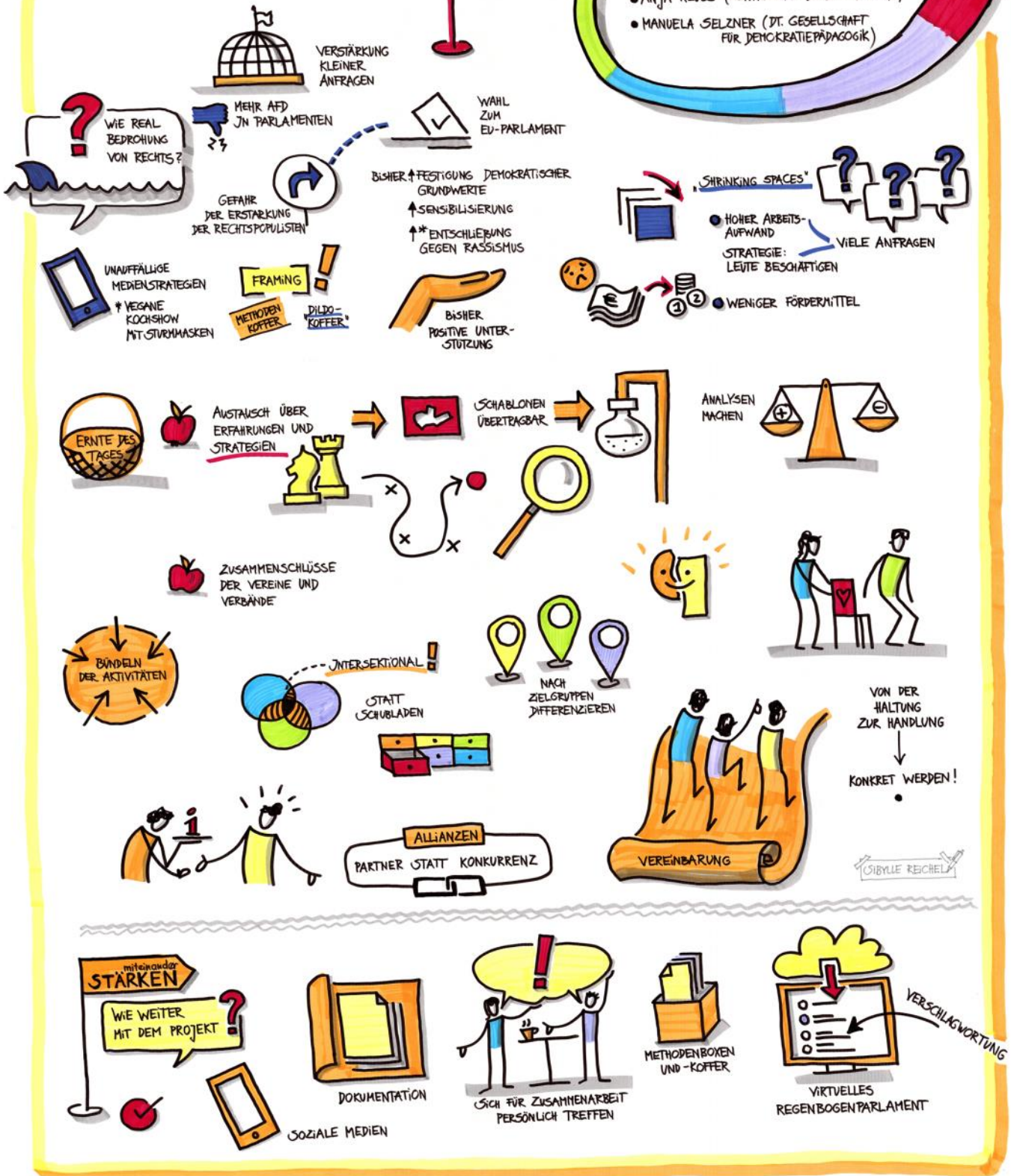
Ergänzungen Gruppenarbeit

- + immer auf der Sachebene bleiben
- + Literatur und Quellen mit in die Diskussion nehmen
- + feststellen, wie gefestigt das Gegenüber ist
- + auf die Wahl der richtigen Mittel und auf die Zielgruppe achten
- + „mit Humor dekonstruieren“ ist schwierig: könnte auch als lächerlich machen verstanden werden
- + nicht selbst menschenverachtend werden
- + nicht jede Diskussion ist sinnvoll

LSVD REGIONALKONFERENZ
MAGDEBURG · 02.04.2019

PODIUMSDISKUSSION

- ANJA REUSS (ZENTRALRAT DT. SINTI U. ROMA)
- MANUELA SELZNER (DT. GESELLSCHAFT FÜR DEMOKRATIEPÄDAGOGIK)



Podiumsdiskussion mit Expert*innen aus den Fachforen

Expert*innen: Anja Reuss (Zentralrat Deutscher Sinti und Roma) und **Manuela Selzner** (Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik)

In der abschließenden Diskussionsrunde wurden die aktuellen Grundlagen für eine wirksame Demokratieförderung besprochen und eine erste Auswertung der Regionalkonferenzen vorgenommen.

Einig waren sich die Expert*innen darin, dass die Sensibilisierung zum Thema gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft noch ausbaufähig ist. Auch hoben beide die Wichtigkeit von wegweisenden Beschlüssen des Europaparlaments für die nationale Gesetzgebung hervor. Sie äußerten aber auch die Befürchtung, dass es durch den erstarkenden Rechtspopulismus in Europa zu Rückschritten kommen könnte, wenn der Einsatz für eine vielfältige Gesellschaft zukünftig immer stärker durch Hassreden rechtspopulistischer Agitator*innen behindert wird.

„Negative Kampf Begriffe hinterfragen, positive Begriffe verwenden“

Die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung wird dabei von den rhetorischen Strategien in den sozialen Medien geprägt. Dazu gab es die Empfehlung, negative Kampf Begriffe zu hinterfragen und stattdessen positive Begriffe zu verwenden und zu etablieren.

Die Teilnehmenden bewerteten den Austausch über wirksame Strategien und Maßnahmen in den Fachforen im Rahmen der Regionalkonferenzen insgesamt als sehr sinnvoll. Dieser Austausch vermittele beispielhafte Handlungsempfehlungen, die jede Organisation weiterentwickeln und situativ anpassen kann.

Die erarbeiteten Strategien müssten jedoch weiter konkretisiert und auf die Bedürfnisse der Zielgruppe abgestimmt werden. Darüber hinaus spiele

die Bildung von Allianzen eine zentrale Rolle, da eine alleinige Betrachtung des jeweiligen Themenfelds manchmal den Blick einschränkt.

„Kräfte bündeln, gemeinsam auftreten und primärpräventiv denken“

In der Verteidigung unserer demokratischen Werte kommt es darauf an, die Kräfte zu bündeln, gemeinsam aufzutreten und primärpräventiv zu denken. Die Erweiterung der Perspektiven auf weitere Themenfelder und Arbeitsansätze könne die eigene Organisation bereichern. Daher sollte man dem Beispiel dieses Projekts folgen und Community-übergreifende Netzwerke etablieren. Durch den drohenden „shift“ nach rechts geraten die Handlungsspielräume von zivilgesellschaftlichen Organisationen immer mehr unter Druck. Besonders in Deutschland müssen wir aufpassen, dass wir unseren Handlungsspielraum für Demokratie

und Vielfalt nicht einschränken lassen, sondern ausweiten.

„Synergieeffekte von Vernetzungen nutzen“

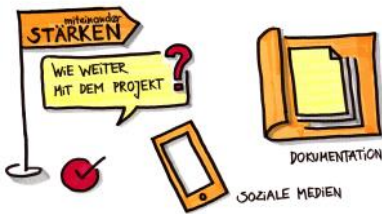
Zur Weiterentwicklung des Projektvorhabens empfahlen die Expert*innen vor allem zweierlei:

- Erstens müsse man weiterhin Fachkräfte für eine vielfältige Meinungsbildung und die Entfaltung der Menschenrechte sensibilisieren. Dazu gehört die Entwicklung konkreter Handlungsbeispiele für die Bildung von Kindern, Jugendlichen und Multiplikator*innen.
- Zweitens sollten die in der Projektförderung entstandenen Bündnisse zielführend genutzt werden. Die Synergieeffekte von Vernetzungen seien einzusetzen, um verstärkt gemeinsam als eine Allianz zivilgesellschaftlicher Organisationen aufzutreten.



Dachverbände, wie z.B. der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik bieten sich als starke Interessensvertretung an. Auf diese Weise können auch ressourcenarme Vereine in einem breiteren Bündnis aktiv werden.

Grafik © Sibylle Reibel



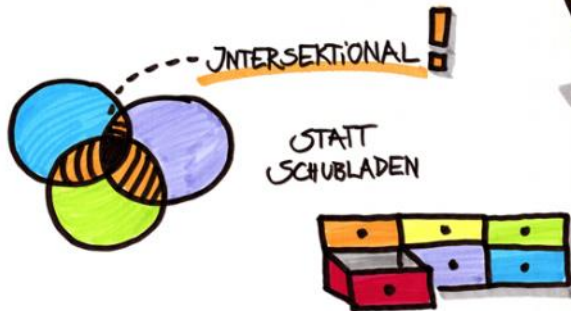
Abschließende Projektbewertung

Abschließend bewerteten die Teilnehmenden die Dokumentation bzw. die Broschüren zu den regionalen und bundesweiten Veranstaltungen des Projekts. Die Expert*innen lobten sowohl die anschauliche Darstellung der Ergebnisse als auch die Möglichkeit zur Reflexion der Beispiele an Maßnahmen und Strategien. Zur Weiterentwicklung des Projekts gab es die Anregung, auch für Interessierte, die nicht an bisherigen Veranstaltungen betei-

ligt waren, praktische Materialien zu entwickeln, die in prägnanter Form die Ergebnisse der Veranstaltungen zusammenfassen und für die konkrete lokale Arbeit aufbereiten.



ZUSAMMENSCHLÜSSE DER VEREINE UND VERBÄNDE



Grafik © Sibylle Reibel

Dokumentationen aller bisherigen Veranstaltungen

Konferenzen im Jahr 2017



Ergebnisse des
1. Vernetzungstreffens
in Leipzig,
21.10.2017



Ergebnisse des
2. Vernetzungstreffens
in Mannheim,
09.12.2017

Konferenzen im Jahr 2018



Ergebnisse des
3. Vernetzungstreffens
in Dortmund,
20.01.2018



Akzeptanz für LSBTI*
Ergebnisse des
1. Regenbogen-
Parlaments in Berlin,
17.02.2018



Ergebnisse des
4. Vernetzungstreffens
in Magdeburg,
03.03.2018



Akzeptanz für
LSBTI* weiter
gestalten
Ergebnisse der
2. Regenbogen-
Parlament in Köln,
22.09.2018



Ergebnisse der
1. Regional-
konferenz
in Leipzig,
10.10.2018



Ergebnisse der
2. Regional-
konferenz
in München,
08.11.2018

Konferenzen im Jahr 2019



Ergebnisse der
1. Regional-
konferenz
in Düsseldorf,
14.02.2019



Ergebnisse der
2. Regional-
konferenz
in Magdeburg,
02.04.2019

3. Regenbogen-
Parlament in Hamburg
07.09.2019
(folgt)

Ausblick

Bei insgesamt vier Regionalkonferenzen werden die Ideen und Impulse der Teilnehmenden der Vernetzungstreffen gemeinsam mit Expert*innen und Multiplikator*innen analysiert und weiterentwickelt. Alle Ergebnisse fließen in die weitere Projektplanung ein.

Zur Förderung der Debattenkultur und des fachlichen Austauschs werden auch bundesweite Regenbogenparlamente veranstaltet. Im Rahmen dieser bundesweit einmaligen Foren soll dem intensiven fachlichen Austausch zum Thema „Regenbogenkompetenz“ in den unterschiedlichsten Gesellschafts- und Politikbereichen Raum gegeben werden.



Graphic Recording: Sibylle Reichel

Hinweis

Die Veröffentlichungen in dieser Dokumentation stellen keine Meinungsäußerung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) oder des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die jeweiligen Autor*innen die Verantwortung.

Erstellung der Dokumentation

Redaktion: René Mertens, Jürgen Rausch, Markus Ulrich

Grafiken bzw. Graphic Recording: Sibylle Reichel, Uhlstädt-Kirchhasel, www.sibylle-reichel.de

Gesamtgestaltung: Helga Braun, Hamburg www.comedia-hamburg.de

Impressum

V.i.S.d.P.: Familien- und Sozialverein des LSVD e.V., vertreten durch Klaus Jetz, Postfach 10 34 14, 50474 Köln
www.lsvd.de

Alle Veranstaltungen im Rahmen des LSVD-Projekts „Miteinander stärken“

2017

- 20.10.2017:
Vernetzungstreffen Leipzig
- 09.12.2017:
Vernetzungstreffen Mannheim

2018

- 20.01.2018:
Vernetzungstreffen Dortmund
- 17.02.2018:
Regenbogenparlament Berlin
- 03.03.2018:
Vernetzungstreffen Magdeburg
- 22.09.2018:
Regenbogenparlament Köln
- 10.10.2018:
Regionale Konferenz Leipzig
- 08.11.2018:
Regionale Konferenz München

2019

- 14.02.2019:
Regionale Konferenz Düsseldorf
- 02.04.2019:
Regionale Konferenz Magdeburg
- 07.09.2019:
Regenbogenparlament Hamburg

Kontakt zum LSVD-Projekt „Miteinander stärken“

In Köln: Jürgen Rausch
Hülchrather Str. 4, 50670 Köln
Telefon: 0221 - 92 59 61 13
Fax: 0221 - 92 59 61 11
E-Mail: juergen.rausch@lsvd.de

In Berlin: René Mertens
Almstadtstr. 7, 10119 Berlin
Telefon: 030 - 78 95 47 63
E-Mail: rene.mertens@lsvd.de

Website des Projekts www.miteinander-staerken.de

